

Ressort: Finanzen

Flugverbot für Israeli: Bundesregierung unter Druck

Berlin, 20.11.2017, 03:00 Uhr

GDN - Nachdem Kuwait Airways einen Israeli nicht befördert und damit vor einem deutschen Gericht durchgekommen ist, wächst der Druck auf die Bundesregierung. Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, fordert Konsequenzen.

"Ich fordere die Verantwortlichen, sprich auch die Bundesregierung, zum Handeln auf", sagte Knobloch der "Heilbronner Stimme" (Montag). "Hier wird die Grenze des Erträglichen weit überschritten." Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern fügte hinzu: "Das staatlich angeordnete, eindeutig antisemitische Geschäftsgebaren, das der Staatsräson von Kuwait entspricht - bei weitem keine Ausnahme unter den arabischen Staaten - muss in Deutschland zu Sanktionen führen. Derartige gegen die Würde des Menschen verstoßende Regelungen dürfen nicht hingenommen werden." Nach Ansicht von Charlotte Knobloch "sollte man sich in diesem Zusammenhang an Ländern wie den USA orientieren, wo Kuwait Airways mit dieser krassen Diskriminierung nicht durchgekommen ist. Außerdem steht Kuwait nicht allein und die weitgehende Ächtung israelischer Menschen ist schon seit Jahren bekannt. Ebenso wie die stigmatisierenden Einreisebestimmungen mancher Länder. Auch diese könnte man bei der Gelegenheit überprüfen und sich ganz generell fragen, wie weit man mit Realpolitik gehen will und ob das mit der Staatsräson zum Existenzrecht Israels vereinbar ist." Das Landgericht Frankfurt hatte die Klage eines Israelis abgewiesen, der von der Airline verlangt hatte, befördert und wegen Diskriminierung entschädigt zu werden. Der Kläger hatte einen Flug von Frankfurt nach Bangkok mit Zwischenlandung in Kuwait gebucht. Als die Gesellschaft von seiner israelischen Staatsangehörigkeit erfuhr, stornierte sie den Flug und berief sich auf ein kuwaitisches Gesetz von 1964, das Vereinbarungen mit Israelis verbietet. Der Ölstaat in der Golfregion erkennt Israel nicht an.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-97904/flugverbot-fuer-israeli-bundesregierung-unter-druck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619